

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6gepaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 30 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Telefon 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 44/45

Duisburg, Ende November 1923

24. Jahrgang

Wirtschaftslage und Arbeiterschaft

Wenn nicht alles täuscht, scheinen wir den Boden der Wirtschaftskrise erreicht zu haben. Was an wirtschaftlichen Schwierigkeiten über ein Volk kommen kann, Stillstand der Produktion, große Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft innerhalb der breiten arbeitenden Massen, Rückgang unserer Handelsbilanz, Verarmung weitester Kreise, das deutsche Volk hat mehr darin erlitten, als irgend ein Volk, das den Weltkrieg mitgemacht hat, Rußland ausgenommen. Wir werden nicht von heute auf morgen von diesen fast unerträglichen Lasten loskommen, aber es besteht die begründete Hoffnung, daß mit dem Ingangkommen der Betriebe und einer stabilen Währung wieder ein Weg gegeben ist, der — wenn auch schwierig und steil, doch nach oben führt. Nichts wäre verheerender und auch für die Arbeiterschaft gefährlicher, als wenn sie sich einer pessimistischen Stimmung willenlos übergeben, dazu liegt trotz allem keine Veranlassung vor. Aber sie muß sich auch bemühen, daß die wirtschaftliche Lage nach wie vor ernst ist, daß jedoch der Ernst der Lage sich in dem Maße auch für die arbeitenden Kräfte vermindert, je mehr und je billiger Produkte auf den Markt kommen.

Wir befinden uns in einem latenten Zustande der Produktions- und Absatzkrise, und wenn es auch manchmal schien, als ob ein neuer Markturn, der ja bekanntlich immer als Salutatorexportprämie wirkte, die Krise hinwegspülen könnte, sie blieb bestehen. Wir waren in den letzten Monaten soweit gekommen, daß wir infolge der Verhältnisse wirtschaftlich einmal mehr verdrachten als neue Werte schafften. Mit zu dieser Produktions- und Absatzkrise beigetragen, ja entscheidend für sie war der Fehler, der mit der Goldmark- oder Index-Preispolitik und dem willkürlichen Festsetzen des Preises oft bis 200 Prozent über den Friedensfuß emacht wurde. Es ist heute keine Frage mehr, daß in dem letzten dreiviertel Jahr die sogenannte Berechnung der Warenpreise auf Gold- oder Indexwerten unserer Wirtschaft mit dem Grab geschaufelt hat. Jede vernünftige Vorherberechnung der Produktionskosten und der Gewinne ist durch dieses System unmöglich gemacht worden. Die Preise der meisten Produkte liegen über Weltmarktpreis. Ein solcher Zustand mußte Warenmangel und Warenverknappung bringen. Das daraus mit Notwendigkeit eine Konsumtionskrise allergrößten Stills folgen und damit die Unmöglichkeit für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes, überhaupt nur noch die notwendigsten Lebensmittel kaufen zu können, eintreten mußte, ist die bedauerlichste und wirtschaftlich und kulturell verhängnisvollste Tatsache.

Die Produktions- und Konsumtionskrise kann im wesentlichen nur behoben werden durch vermehrte und verbilligte Produktion. Diese Aufgabe an sich ist ebenso einfach als selbstverständlich. Aber es ist auch leichter gesagt, als getan. Wir dürfen nicht verneinen, daß die Kommerz der deutschen Volkswirtschaft, Verkehrseinheit, Kollektivität und Währungsseinheit zu versagen beginnen oder infolge der Ruhestation schon durchgefallen sind. Die Verkehrseinheit ist zerfallen durch die Vertreibung des Ruhrgebietes, die Kollektivität besteht zwar formell noch, aber sie ist infolge des Friedensvertrages und der Weltwirtschaftskrise faktisch fast annulliert. Die Währungsseinheit wird durch den Franczwang bei den Eisenbahnen und auch durch die zahlreichen Papier- oder Goldnotgelder immer mehr ausgehöhlet.

Diesem, welche also glauben, eine vermehrte Produktion sei hauptsächlich nur auf dem Wege einer längeren Arbeitszeit herauszuholen, sind wirtschaftlich einseitig orientiert. Solange die Gold- und Indexpolitik, die sich um ein Weltliches über den Friedensfuß hält, andauert, wird auch eine zehn- und zwölfwöchige Arbeitszeit keine Verbilligung der Produktion bringen. Genau so wichtig wie die erscheinende Krone ist die der verhängnisvollen Preispolitik der Kartelle und Syndikate, die dem deutschen Wirtschaftsleben das Multiplikatorssystem aufzuwachen, die Frage der besseren Organisation und Technisierung der Betriebe und der Umstellung vieler deutschen Wirtschaftskräfte von der Spekulation zur Produktion. Wenn wir als Arbeiter die Notwendigkeiten der Wirtschaft einsehen und unsere Forderungen daraus ziehen wollen, dann muß das gleiche unter allen Umständen auch von den übrigen wirtschaftlichen Ständen verlangt werden.

Von höchster Bedeutung für das Anknüpfen der Industrie sind die seit einigen Wochen gepflogenen Verhandlungen der Industrie mit dem Reich und dem französischen Gebietsbehörden, die über die Wirtschaftsregelung des besetzten Gebietes zu befinden haben. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß die Bedingungen, die an die Industrie des besetzten Gebietes, vor allem an die Montanindustrie gestellt werden, eine sehr schwere Last darstellen, deren Wirkung sich im ganzen Wirtschaftsleben wieder spiegeln wird. Die Lieferungen an Kohlen und Koks und Nebenprodukten sind sehr bedeutend, und es wird größter Anstrengung der Arbeiterschaft und größter Opferwilligkeit der gesamten Ruhrgebietindustrie bedürfen, um eine wirtschaftliche Balance zu halten. Die hauptsächlichsten Punkte des am 23. November 1923 zwischen dem Reich und den deutschen Bergbauvertretern geschlossenen Abkommens lauten:

1. Die durch die deutschen Besetzten vertretenen Bergwerksbetriebe werden als rückständige Steuer vom 1. Januar bis 1. November die Summe von 15 Millionen Dollars, d. h. 279 Millionen französische Francs, zum Tageskurs bezahlen.
2. Sie werden in Zukunft 10 Francs per verkaufte Tonne zahlen.
3. Sie werden an die Entente gratis 18 Prozent der Netto-Produktion abliefern.
4. Die am 1. Oktober im Ruhrgebiet bestehenden Stöck verbleiben den Verbündeten als Eigentum.
5. Die Bestimmungen über die Ausfuhrerlaubnis bleiben bestehen. Ueber die vorhandenen Erzeugnisse der Stahl- und Eisenindustrie kann nur nach Abgabe der rückständigen Steuer verfügt werden und die Exportmenge darf die im Jahre 1922 exportierte Menge nicht übersteigen.
6. Die Lieferungen der chemischen Kohlen-Erzeugnisse, Ammoniak, Benzol, Teer usw. werden durch ein spezielles Abkommen bestimmt werden.

Dem Abkommen sind noch einige spezielle Bestimmungen über die Qualität der für die Reparationen zu liefernden Kohlen und über die vorgeesehenen Strafmaßnahmen im Falle von den Vertragsbestimmungen nicht übereinstimmenden Lieferungen.

So sehr wir die Schwierigkeiten und die Gewalt der Forderungen nicht verkennen, durch den Abschluß der Verhandlungen beginnen die Räder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet endlich wieder zu laufen und wir dürfen hoffen, daß das Wirtschaftsleben trotz der auf ihm lastenden Verpflichtungen in der Lage sein wird, der arbeitenden Bevölkerung endlich wieder einen geregelten Lohn zu geben und das Existenzminimum zu sichern, was sie so lange hat entbehren müssen. Daß aber gerade um diese Fragen erneut das schärfste Ringen einsetzt, daß die Industrie verfahren wird, an den Löhnen anzusetzen zu sparen, weiß jeder organisierte Kollege. Und der Gleichgültige oder Nichtorganisierte wird es schon sehr bald erfahren. Der Bestand der Organisation ist heute die Lebensfrage für die Arbeiterrechte. Wir wollen zur Wirtschaftslage unsere Forderungen noch einmal zusammenfassen:

- I. Außenwirtschaftlich: Unsere Stellungnahme ist bekannt in bezug auf die Wirtschaftsbedingungen, die im Friedensvertrag uns auferlegt sind.
- II. Innenwirtschaftlich: 1. Revision der Geldmark- und Kartellpreispolitik. Bei bescheidenem Nutzen erhöhter Umsatz. 2. Steigerung der Produktion in der Industrie und wirtschaftlichere und sparsamere Betriebsführung der staatlichen Unternehmungen, Anstalten und Verwaltung, sowie der Kommunen. Behebung des Leerlaufes. 3. Verbesserung der Arbeitslohn- und der Organisation der Betriebe. 4. Möglichst schnelle Einführung eines auskömmlichen Lohnes in Geldwährung. 5. Bessere Bezahlung der Qualitätsarbeiter der gelehrten Arbeiter. 6. Das Existenzminimum auch für den Hilfsarbeiter. 7. Steigerung der eigenen Lebensmittelerzeugung. 8. Das Arbeitsdienstpflichtjahr für alle Jungmänner für staatswirtschaftliche Zwecke (Straßenbau, Rona-Konsum). 9. Statt Arbeitslosenunterstützung produktive Beschäftigung im Leistungslohn.

Die Neuordnung der Löhne

Der fast völlige Verfall der Papiermark und noch mehr die Belohnung hoher Goldgrundpreise für alle Waren bedingen naturgemäß auch eine Verringerung der Löhne. Die Maßnahmen, die seit Monaten getroffen waren, um die Arbeitslöhne wertbeständiger zu gestalten, waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt zu den erhöhten wertbeständigen Löhnen zu kommen, kamen wir in den Monaten Oktober und November zu den wertunbeständigen Löhnen. Auch das Beginnen, die Löhne wohl in wertbeständigen Zahlungsmitteln zu errechnen, aber ganz oder zum Teil in Papiermark auszuzahlen, hat namentlich in ersterem Falle völlig Schiffbruch gelitten. Hier spielt der schwankende Kurs des Geldes eine verhängnisvolle Rolle und selbst, wenn zu einem guten Kurs das Geld ausgeschüttet wurde, war es im Handumdrehen wieder völlig entwertet. Sofort mit dem Erlischen wertbeständiger Zahlungsmittel lehnten sich deshalb die Gewerkschaften dafür ein, nachdem sie auch deren Schicksal schon länger verlangt und begründet hatten, daß diese auch sofort für die Auslösung der Arbeiterschaft verwandt werden müßten. In der Verwirklichung dieser Aufgabe befinden wir uns und ist ihrer Lösung unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft zu widmen.

Ausschlaggebend ist zunächst die Höhe der neuen Gold- oder wertbeständigen Löhne. Von dem geringen Goldmarkwert der Papiermarklöhne der letzten Zeit darf dabei nicht ausgegangen werden, denn dann können wir vom Regen in die Traufe. Wo Arbeitgeber ein solches Beginnen belächeln, ist es abzulehnen. Auch wird grundsätzlich nicht von den Friedenslöhnen ausgegangen werden können, denn in fast allen Ländern der Welt sind heute die Preise verhältnismäßig höher als in der Vorkriegszeit. Bei uns in Deutschland stehen jedoch Goldmarkpreise oft 100 bis 400 Prozent höher als vor dem Kriege. Höhere indirekte und direkte Steuern, größere Aufwendungen infolge des Wohnungsmangels, der Verkehrsunkosten usw. belasten zudem den Arbeiter heute mehr als früher. Bei der Festsetzung der Lohnhöhe müßte deshalb von einer Grundlage die über der Vorkriegszeit der Vorkriegszeit liegen, ausgegangen werden. Aber wenn schon der sozialistische Reichs- und Staatskommissar Meißner (Dortmund), dem die Schlichtungsgewerkschaftliche Reichs- und Staatskommission in der Presse schreibt: „Darauf ist es aber weit entfernt“ und wenn man sich die ersten Gehversuche um in Gold- oder wertbeständig wertbeständigen Löhnen zuzukommen, antwortet, dann scheint eher das Gegenteil der Fall zu werden. Hier wird noch manches nachgeholt werden müssen! Da wird sich zeigen, daß zwar die Zahlung der Löhne in wertbeständigen Papieren dem Arbeiter eine viel größere Sicherheit zum Leben gibt als die Hände voll Billionen, aber daß auch ein Ringen um jeden einzelnen Goldpfennig wieder einsetzt wird, das den Kollegen die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung zwingend vor Augen führt.

Die Form der neuen Gold- oder wertbeständigen Löhne, ihre Zusammenrechnung, Errechnung und Auszahlung ist natürlich noch sehr verschiedenartig. Allgemein besteht sie sich nach wie vor durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Schwierigkeiten bereitet jedoch oft der Mangel an solchen Zahlungsmitteln, ihre Verknapptheit und die Umrechnungsmethoden nach einem einheitlichen auskömmlichen Kurs. Solche Zahlungsmittel sind: Dollarbahrungswertungen, Goldmark, Rentenmark, wertbeständige Gelder der Industrie, Provinzen oder Länder und Devisen, d. h. ausländische Zahlungsmittel. Aber diese Schwierigkeiten sind mit in den Kauf zu nehmen. Unsere Mitglieder die mit ihren Lohnrechnungen in die Fiktionen und darüber hinaussteigen müssen, werden jetzt diesbezüglich sich umhelfen müssen. Jeder das was schon auf diesem Gebiete gefahren ist liegen einige Beispiele über Entlohnungsmodus und Lohnrechnungen vor, die wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten wollen.

Für die Metallindustrie der Reichsstadt Danzig wurden zuerst am 17. 10. d. J. die Stundenlöhne in Goldpfennig vereinbart. Die Goldpfennige werden mit Goldschecks, die von der Metallindustrie auszugeben werden, bezahlt. Die Goldschecks sind auf Dollarkurs wertgestellt, d. h. 420 Mark Goldschek ist der Wert eines Dollars. Zwischen ist in Danzig allgemein eine neue Guldenwährung eingeführt worden.

Im Bereich des Verbandes der Niederschlesischen Metallindustriellen wurden Stundenlöhne in Goldpfennigen vereinbart. Die Auslösung erfolgt

nur in dem wertbeständigen Geld, was von der Provinz herausgegeben wird.

In der Württembergischen Metallindustrie sind am 30. 10. vor dem Schlichtungsausschuß die Stundenlöhne ebenfalls in Goldpfennig vereinbart worden. 50 Prozent dieser Löhne sollen in Goldnoten der württembergischen Industrie ausgezahlt werden. In einer weiteren Verhandlung vom 13. 11. konnte sowohl die beabsichtigte Erhöhung dieser Löhne, als auch die volle wertbeständige Auszahlung noch nicht erreicht werden, wohl aber wurde erzielt, daß 57-60 Prozent der Auszahlungssumme in Goldnoten ausgelöst wird.

Für die pfälzische Metallindustrie wurde am 12. 11. ebenfalls ein Lohnabkommen getroffen mit Goldlöhnen. Die vereinbarten Sätze sind in Devisen bzw. in Lebensmitteln zu zahlen. Für Firmen welche noch in Papiermark zu zahlen gezwungen sind, gilt als Umrechnungsfaktor das Mittel zwischen dem amtlichen Berliner und dem Freiburger Kurs in Neustadt, wie sie am Tage vor der Auszahlung 12 Uhr mittags zwischen Verband und Gewerkschaft festgestellt werden können. Als Freiburger Kurs gilt das Mittel zwischen jeweiligem An- und Verkaufskurs und 20 Prozent. Wird in französischen Franken gezahlt, so gilt eine Goldmark = 4 Franken, solange der Wert des U.S.A.-Dollars zwischen 16 und 18 Franken beträgt.

In Aachen wurde am 17. November durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für den Handwerker in der Metallindustrie ein Lohn ebenfalls in Goldpfennig festgesetzt. Die Auslösung erfolgt völlig wertbeständig. Zum Teil in Devisen.

Dieses sind gewiß erfreuliche Anfänge zur Neuordnung der Löhne. Zu beachten ist jedoch dabei, daß es die ersten Gehversuche und daß diese neuen Zahlungsmittel knapp sind. Im Rheinland bestehen sie zurzeit überhaupt noch nicht! Diese Löhne treffen ferner zum Teil für Gebiete zu, wo sie schon immer niedrig standen und wo ihre gewerkschaftliche Beeinflussung durch die Unvollständigkeit weiter Arbeitertreue sehr viel zu wünschen übrig ließ. Außerdem wurden solche Abmachungen bei den Verhandlungen ausdrücklich als Kollaterale behandelt um die Industrien überhaupt wieder in Fluß zu bringen. Davon abgesehen sind es jedoch beachtliche Versuche um überhaupt wieder zu Löhnen zu kommen, mit denen man etwas anzufangen ist. Diese Versuche sind nunmehr allwärts weiter zu leiten und zu verbessern um zu einer mehr befriedigenden Neuordnung der Löhne zu kommen. Voraussetzung dazu ist die Stärkung unseres Verbandes und die tatkräftigste Mitarbeit in ihm! Hierbei darf kein unserer Mitglieder verlagert!

Zur Frage der Arbeitszeit

„Hungern oder arbeiten!“ Dieser Ruf erklang seit etwa zwei Monaten im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet und darüber hinaus. Wohl noch nie hat sich Deutschland in einer solchen Periode der Arbeitslosigkeit befinden können! Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind zum großen Teil auf die außerpolitischen Verhältnisse zurückzuführen. Aber auch unpolitische innerpolitische Verhältnisse haben mit dazu beigetragen. Egoistische Maßnahmen weiter Wirtschaftskreise in Handel und Gewerbe mit ihrem Multiplikatorssystem haben ein großes Durcheinander hervorgerufen. Die sozialistische Partei zieht sich zurück und will die Verantwortung für die Notwendigkeiten der Stunde (Arbeitszeitgesetz) ablehnen, um Stimpffreiheit zu bekommen und einen „Sündenbock“ zu suchen, auf den man die Notlagen loslegen kann. Das Unternehmertum wandle sich in der Stunde der Not vom „Bruder“ Arbeiter ab und hielt den Augenblick für günstig, um rücksichtslos und ohne sich um Gesetz und Arbeiterrecht zu kümmern, die Arbeitszeit der Vorkriegsjahre durchzuführen. Der Arbeiterverband machte ohne weiteres den ersten Aufschlag nach dieser Richtung, ohne jedoch dadurch sein Ziel erreichen zu können. Die Eisenindustrie folgte zwar vorzüglich, aber immerhin prompt. Nachdem man aber in diesen Kreisen eingesehen hatte, daß bei Verhandlungen mit den Beschäftigten die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, die ohne intensive Mitarbeit der Arbeiter fast bzw. der Gewerkschaften gar nicht durchzuführen waren, verlor die Industrie nunmehr auf dem Wege der Verhandlung mit den Gewerkschaften eine andere Arbeitszeit festzusetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie (Nordwestgruppe) trat am 7. November 1923 erstmalig zusammen, um über die Arbeitszeitfrage zu verhandeln. Die Unternehmer forderten die Aufhebung des Dreivierteljahresgesetzes und Wiedereröffnung der Doppelschicht. Um die sich ergebenden überschüssigen Arbeitskräfte unterzubringen, soll die Arbeitsmöglichkeit im unbefestigten Gebiet durch Urbarmachung von D. Land vermehrt werden. Zur Erreichung dieses Ziels sei der Abbau der Arbeitslosenunterstützung dringend zu fordern.

Von den Gewerkschaftsvertretern wurden erhebliche Bedenken gegen die Forderungen der Unternehmer vorgebracht. Die Verknappung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes verweigert darauf, daß eine unserer Hauptforderungen allezeit die achtstündige Arbeitszeit in den Feuerbetrieben sein soll. Wir sind der Industrie folgen, müßte zunächst unsere Organisation dazu Stellung nehmen. Nach Aufhebung unserer Forderung sei die Angelegenheit von den Unternehmern von Januar ab vorbereitet worden, indem man die Arbeiter in der Metallindustrie zunächst durch Hunger geißeln zu machen wolle, um dann um leichter die achtstündige Arbeitszeit einzuführen zu können. Hinzu wäre es doch, zuerst die Voraussetzungen zur Annahme der erhöhten Produktion zu schaffen, indem eine erhöhte Förderung der Kohlen geschaffen werde; denn geschieht dort nichts, dann heißt die Gefahr, daß wir in der Metallindustrie eine längere Arbeitszeit haben aber keine Kohlen, um die Geburde der Produktion durchzuführen. Auch wäre es notwendig, mit dieser Frage gleichzeitig die Goldlohnfrage zu regeln; denn da mußte vor allen Dingen verhandelt werden, daß die Arbeiterschaft bei den heranziehenden Zeiten nicht völlig ins Hintertreffen gerate. Daher sei vorher festzustellen, wie sich die übrigen Glieder der Wirtschaft, Handel, Verkehr und sonstige Gewerbe zu der Frage der Arbeitszeit stellen. Das Ergebnis der

darum festgestellten Sonderbedingungen war nachfolgende Erklärung, welche von den Arbeitervertretern einmütig gutgeheißen und den Unternehmern unterbreitet wurde:

Die Vertreter der Arbeitnehmerchaft nahmen zum Vorklag der Arbeitgebervertreter Stellung. Die Begründung für die zeitweilige Beilegung des Achtstundentages war nicht ausreichend und hat uns nicht überzeugt. Einseitiges Material über den Stand der Werke und das Verhandlungsergebnis mit der Meinung muß uns zur Verfügung gestellt werden, um so eine Prüfung zu ermöglichen. Beseitigung der Überprüfungen, daß die Verträge nur erfüllt werden können und das Wirtschaftslieben nur in Gang gesetzt werden kann, wenn die Produktion vermehrt wird, dann sind die Vertreter der Arbeitnehmer bereit, mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Industrie einen gemeinsamen Weg zu suchen, um aus der Misere heraus zu kommen. Bis zur Zusammenstellung des Materials seitens der Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer Gelegenheit nehmen, die Sache mit Ihren Möglichkeiten zu besprechen.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der achtstündigen Arbeitszeit. Um jedoch die Wirtschaft schrittweise in Gang zu bringen, stehen wir nicht an, zu erklären, daß bis zur Einführung des Arbeitszeitgesetzes vorübergehend notwendige Überstunden geleistet werden können. Der Befestigung des Dreifachsystems in den Hütten und Feuerbetrieben können wir unsere Zustimmung nicht geben. Eine Mitarbeit zur beschleunigten Regelung der Arbeitszeit in den übrigen Betrieben lehnen wir nicht ab, verlangen jedoch, daß gleichzeitig auch die Gehaltsfrage geregelt werden muß.

Die Unternehmer nahmen von dieser Erklärung Kenntnis. Sie versprochen, das Material über die Verhandlungen mit den Franzosen zur Verfügung zu stellen und versicherten darauf, daß die Industrie zur Inbetriebnahme der Werke 8-10 Wochen benötige. Für diese Zeit sei es ausgeschlossen, daß die Einnahmen die Ausgaben decken würden. Die Industrie müsse erhebliche Kredite aufnehmen, diese könnten jedoch nur einmal genommen werden. Wenn die Arbeiter nicht den Forderungen der Industrie nachgeben würden, und die notwendigen Opfer der Industrie verweigern, so müßte die Industrie zugrunde gehen und mit ihr die Arbeiterschaft.

Ferner machten sie den Vorschlag mit den Vertretern des Bergbaues unter Hinzuziehung der Arbeitgebervertreter die Frage der Arbeitszeit erneut zu besprechen.

Zu einer gemeinsamen Aussprache mit dem Bergbau ist es bisher nicht gekommen. Wohl haben Verhandlungen des Zechenverbandes und der zuständigen Arbeiterorganisationen des Bergbaues, welche ergebnislos verlaufen sind, stattgefunden.

Am Freitag, dem 18. November, anlässlich der üblichen Lohnverhandlung, schritten die Unternehmer die Arbeitgeberfrage erneut an und lieferten für die Rohmaterialien der längeren Arbeitszeit einschlägiges Material. Unsererseits wurde nochmals die Bezahlung der Mitarbeiter in der Angelegenheit auf der tariflichen Grundlage ausgeführt. Leider gingen die Unternehmer an die praktische Lösung dieser Frage nicht heran.

Die freien Gewerkschaften nahmen nach den Zeitungsberichten am 15. November zur Frage der Arbeitszeit Stellung. Zu einer klaren Stellung ist es dort nicht gekommen. Aus dem vom Leiter der Konferenz zusammengestellten Ergebnis ist ein Satz beachtenswert. Dieser lautet:

Die Gewerkschaften sind nicht bereit, in der Frage des Achtstundentages Zugeständnisse über das Maß der wirtschaftlichen Notwendigkeit hinaus zu machen, weil dazu keine Ermächtigung vorliegt.

Aus diesem Satz kann man immerhin entnehmen, daß die freien Gewerkschaften bereit sind, über die Frage zu verhandeln, soweit die wirtschaftlichen Notwendigkeiten es erfordern. Wenn man den Willen dazu hat, warum spricht man es dann nicht klipp und klar aus? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es gefährlich und unverantwortlich ist, in der Zeit härtester Not die hungernden Arbeiter sich selbst zu überlassen, denn in dieser Situation können die organisierten Arbeiter verlangen, daß eine eindeutige Sprache geführt wird. Geschieht dieses nicht, dann tritt die freien Gewerkschaften die Schuld, wenn die Arbeiter willenlose Sklaven der Unternehmer werden.

Bekanntmachungen

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1924 ist erschienen. Preis voraussichtlich 50 Goldpfennige. Bestellungen auf das Jahrbuch sind an die Zentrale unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Stapeltor Nr. 17 zu richten.

Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit.

Die Wirtschaft unter Karl dem Großen (768-814). Von E. Heyd.

Systematische und mit reichlichen Kräften, als es der Einzelne konnte hat der Großgrundbesitzer gehalten, gerodet, entworfen und dadurch zahlreiche Annehmlichkeiten jüngeren Ursprungs ermöglicht. Auch den inneren Kulturgewinn durch geordnete, gemeinsame Arbeit im großen Stil, durch Berufsleistung wird man nicht gering anschlagen. Die Herrngüter lehrten düngen, lehrten Sommer- und Winterfrucht unterscheiden, bürgerlichen die Dreifelderwirtschaft mit Abwechslung von Winter-, Sommer- und Brachfeld ein. Man darf den Termin für das feierliche Aufkommen der Dreifelderwirtschaft in die Zeit Karls des Großen setzen. Durch die Grundherrschaft kamen ferner Wassermühlen zu allgemeiner Verbreitung als bisher. Sie trieb geordnete Fortschritt, baute Kanäle und Fingelöcher, sorgte für Wege, Brücken und Fährten. Von ihr ging wie eben die Arbeitsteilung, ein annäherndes deutsches Gewerbe aus, da ein Teil der Güterleute mit der Verarbeitung der Rohmaterialien ständig beschäftigt wurden. Und wieder ist es Kaiser Karl, der auch auf diesem Gebiet der große Reformator gewesen ist. Sein Kapitular „de villis“ hat die Krugtüter zu Mutterwirtschaften gemacht, und deren Verwaltung bis ins Kleinste geordnet.

Diese Fürsorge Karls erstreckt sich auch auf die Gartenpflege. Aus den vorerwähnten Perioden führt man von solcher Art und Maß bescheiden das das früher Banerium es darin schon zu irgend etwas Nennenswertem gebracht hat. Karl die eingewanderten Mönche hatten schon vor Karl ihre Klostergärten gepflegt und mancherlei Kulturpflanzen über die Alpen geholt. Das Wort Garten an sich ist viel älter als seine ursprüngliche Bedeutung, es bezeichnet zunächst „Einfriedigung“ überhaupt. In Karls Verordnung treten Biergärten und Zierpflanzen zurück, obwohl sie unterweilig wüsten, das der Kaiser Namen liebt. Das Kapitular will eben die Nutzbarkeit und die Ökonomie der Höfe regeln. Daher handelt es sich um Rüsse und Tafel, Arznei- und Gewerbe-Zwecke.

Die Angaben der Volksrechte lassen bei Vieh-

Wie steht's um den Verband?

Zeitgemäß und doch — gut! Hoffungsvoll korax, Warum keine Stenografie? Kollegen beherzt! Es herrscht gewerkschaftsfeindliche Stimmung. Jeder Speiser und Wähler macht die Gewerkschaften und besonders den Gewerkschafts „Bongen“ verantwortlich für das viele Elend. In einer Erwerbslosenversammlung zu Duisburg bringt sogar ein Arbeiter fertig zu sagen die Gewerkschafts „Bongen“ haben die Arbeitslosigkeit verschuldet. Hierüberbrannter Unfarn findet Glauben wohl — die Dummen nie alle werden.

Und doch! Viele, diese haben geschickt und schaffen tagtäglich wie die Mannschaft eines Schiffes, das in schwerer See navigiert. 25-30 000 Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder, Betriebsräte und Funktionäre aller Art greifen Woche um Woche neue Kämpfe, Kämpfe die von Woche zu Woche in sprunghafter Weise anwachsen werden müssen. Wöchentliche Einkassierung und wöchentliche schnelle Abführung der Beiträge ist vielen Kollegen zu selbstverständlicher, gewohnter Arbeit geworden.

Wird die Gewerkschaftstruppe opferwillig? Mehrere Unterhaltungsarten wurden außer Kraft gesetzt — keine Stimme hat sich dagegen erhoben. Viele Stimmen werden hingegen laut, die fordern, daß Krankenunterstützung usw. nie wieder eingeführt werden darf.

Weiter: Zahlreiche völlig erwerbslose Mitglieder zahlen den vollen Wochenbeitrag, trotzdem die Unterstützung kaum für Brot und Salz reicht.

Die ehrenamtliche Tätigkeit kommt im Verbandslieben mehr denn je zur Geltung.

Der alte Gewerkschaftsleiter, der im christlichen Metallarbeiter-Verband immer einen guten Boden hatte, heute — in der Ungunst der Verhältnisse — zeigt er sich bei dem Gros der Vertrauensleute im schönsten Lichte. Wie von vielen Orisverwaltungen berichtet wird, sitzen die Kollegen bis in die späten Abendstunden zur Ausschichtarbeit mit auf den Büchern und unterschreiben die freigegebenen Kollegen, weil ja die Hilfskräfte abgebaut werden mußten. Über das auch Allgemeinwohl des Verbandes werden und darf sich nicht auf einen Teil Orisverwaltungen beschränken. Jetzt in der Not zeigt sich der echte Gewerkschaftler und Vertrauensmann! Kein Kollege, die Speiser und Wähler, die mit heimlicher Freude die Gewerkschaftsbewegung in Not sehen, sie irren sich ganz gewaltig. Viele Kräfte haben es gerne, wenn die Arbeiterschaft gewerkschaftsmüde würde und in Vorzugsstellung zur Ruhe kam. Die intensive Arbeit unserer Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Kollegen ist die beste Antwort darauf.

Eine wirtschaftliche Hemmung und ein Niedergang kann auch die Gewerkschaftsbewegung treffen, aber eine Gewerkschaftsbewegung abnimmt nicht und zurückfallen um keine wirtschaftlich schlechte Konjunktur, das können nur die Mitglieder allein. Heute leuchtet es auch dem letzten der lebenden Kollegen ein, daß die Arbeiterschaft nur so stark und leistungsfähig ist, wie die Gewerkschaftsbewegung stark und leistungsfähig ist. Und daß die Kollegen unserer christlichen Metallarbeiterverbandes das einsehen, dafür ist der beste Beweis die Regelung der Beitragsgeldzahlung in den Gebieten, wo die Kollegen bereits in Festzahlung ausgeführt worden.

Die Finanzfrage ist von je die Achillesferse der Gewerkschaftsbewegung gewesen. In den letzten fünf Jahren ist manches darin beobachtet worden zum Schaden der Arbeiterschaft selbst. Damit wollen unsere Kollegen aufklären. In einer Reihe von Bezirken sind die Löhne in wirtschaftlichen Zahlungsmitteln ausgezahlt worden. Unsere Kollegen hielten es für eine Selbstverständlichkeit, daß dann auch die Beiträge wertbeständig abgeliefert werden. Die Beiträge werden in Goldpfennigen gezahlt. Als Beiträge wurden in verschiedenen Gebieten festgelegt: 1. Klasse 85; 2. Klasse 65; 3. Klasse 45; 4. Klasse 25; 5. Klasse 10 Goldpfennige. Die Kollegen stehen auf dem Standpunkt: „Ohne Rücksicht auf Gegner und Wechselseitigkeit in den eigenen Reihen werden die Verbandsbeiträge von vornherein so festgelegt, daß sie einem 1/2fachen Stundenslohn (nicht Tariflohn) entsprechen.“ Ähnlich lautende Beschlüsse, die z. T. hohe Ertragsbeiträge betreffen, sind im Saargebiet, Bremen und anderen Orten gefaßt worden. Solche Beschlüsse sind nur in einem Verbande möglich, dessen Mitglieder von der Notwendigkeit ihrer Organisation überzeugt sind und die wissen, was auf dem Spiele steht. Notwendig ist also:

- 1. Die Erhebung wirklich zeitgemäßer Beiträge. In der Zeit härtester Not kommt die Arbeiterschaft mit der alten Formel, ein Stundenlohn als Wochenlohn nicht aus. Es muß mehr geltehen, um den Verband als Sachverwalter der Metallarbeitervinteressen kampffähig zu halten.
- 2. Wo wertbeständige Löhne gezahlt werden, müssen auch die Beiträge in wertbeständigem Geld erhoben werden. Dieses Geld ist für den Verband genau so notwendig wie für den einzelnen auch. Eine Beitragsgeldzahlung

in Papiermark in den Gegenden mit wertbeständigem Lohn muß ich unter allen Umständen von den Vertrauensleuten abgelehnt.

Die Beiträge müssen auf dem schnellsten Wege an die Zentrale geleistet werden, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Unsere Kollegen mögen sich nicht darüber im Unklaren sein, daß die kommende Zeit sehr schwer für die Arbeiterschaft und die Arbeiterrechte werden wird. Da gilt es, auf der Hut zu sein und alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Stunde erfordert. Die Verbandsstreue unserer Kollegen hat schwere Zeiten überstanden, sie wird es auch heute tun. Nur ein starker christlicher Arbeiterverband wird die Schwierigkeiten meistern können sich ausbilden und der Metallarbeiterchaft die Stellung erhalten können, die sie verdient.

Kollegen von heute! Zeigt Euch wert der alten Veteranen der Gründungszeit und der Vorkriegsjahre! Ihre Treue und ihr Mut haben den Verband in schwersten Zeiten gestützt. Heute ergeht der Ruf an Euch! Schließt Euren Verband, der doch nur Ihr selbst seid, dann werdet Ihr sicher durch die Prüfungen bestehen!

Rundblick

Prüfung von Zeichen-Werkstattlehrlingen.

Beitrag zur Regelung des Lehrlingswesens in Bergemetalbetrieben wandte sich die Handwerkskammer zu Münster i. W. laut Schreiben vom 19. Oktober 1923 folgendenmaßen an die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebietes:

Für die Herbstprüfung laufen Gesuche um Zulassung zur Gesellenprüfung nur in sehr geringer Anzahl ein. Es ist anzunehmen, daß diese in den meisten Fällen nach direkt den Prüfungsausschüssen zugestellt werden. Vielleicht könnte dort sich darauf hingewirkt werden, daß die Gesuche alle an die Handwerkskammer gelangen.

Wir weisen daher besonders darauf hin, daß diejenigen jungen Kollegen, die in Zeichenwerkstätten ein Handwerk erlernen haben und die Gesellenprüfung ablegen wollen, ihre Prüfungsgesuche nicht den einzelnen Prüfungsausschüssen, sondern direkt der zuständigen Handelskammer einzureichen haben.

Der von der Handelskammer zu Münster befestigte Mangel an Prüfungsgesuchen hat allerdings in der Hauptsache wohl eine andere Ursache, als sie laut vorstehendem Schreiben anzunehmen ist. Wir wollen die wahren Gründe einmal aufzählen:

- 1. Die Zeichen stellen nach wie vor fast keine Lehrlinge ein.
- 2. Die Zeichen schließen nur selten Lehrverträge ab.
- 3. Die Zeichen stellen trotz der in der Arbeitskammer erteiltesten Bedingungen in vielen Fällen keine Lehrlinge aus mit der billigen Ausrede, es sei kein Lehrvertrag abgeschlossen, und die Ausbildung sei nicht von einer zur Ausbildung von Lehrlingen befugten Person geleitet worden!

Diese wahren Gründe erhalten die traurigen Zustände des Lehrlingswesens im Ruhrbergbau. Die Handwerkskammer mag für Abstellung dieser Mängel sorgen.

Verschiedene Früchte.

Früher gab es in der Arbeiterschaft „Blutorangen“. Darunter verstanden wir Arbeiter, die sich in gelben Organisationsformen befanden, in ihrem Innern aber rot waren, genau wie die Apfelsinen, die eine gelbe Schale und blutrotes Fleisch haben. Diese Arbeiter waren unter wirtschaftlichem Druck in die gelben Verbände gepreßt, obwohl sie mit der sozialistischen Arbeiterbewegung sympathisierten. Solcher Zustand war bedauerlich.

Heute haben wir eine Menge Pfäutchen in der Bewegung. Das sind Menschen, die außen blutrot sich zeigen und innen ganz gelb sind, wie die aus Turkestan kommende Pfäutchen, katelnisch „Prunus cerasifera“. Die Ingeleucht ist eine rote Schale und festes gelbes Fleisch hat. Solcher Zustand ist traurig.

So schreibt die Metallarbeiterzeitung vom 24. November 1923, die Jugendzeitung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes. So bemerkenswert diese Offenheit ist, so ist sie doch nur ein erster Beweis für die Tatsache, wie nach gelb und rot zusammenliegen. Die Radikalen von heute sind die Gelben von morgen. Ja, die Gelben haben ihr eigentliches Rekrutierungsgebiet in den roten Domänen. Die gleichen radikalen und bald gelben Gesellen haben vernünftige und ruhige Arbeiter terrorisiert und eine gesunde Gewerkschaftsentwicklung gehemmt. Ja, sie konnten in der roten Gewerkschaftsbewegung sogar eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Unternehmer wissen das genau und legen das in ihre Rechnung, aber die vernünftig denkende Arbeiterschaft muß es sich auch merken.

sehen an ungefähr erkennen, ebenso die Verhältnisse. Wo mit Pferden das weilt bester wurde, wurden auf die einzelnen freien Bauernhöfe zwölf Ackerpferde gerechnet, zu denen ein Hengst kam. Somit ergibt die Statistik für eine derartige Hofe 12-14 Kühe nebst einem Stier und einer wechsellenden Anzahl von Ochsen, 40 bis 60 Schafe, verhältnismäßig sehr viel Schweine. Die Hunde waren längst „beruflich“ differenzierter: Haus und Gehöft bewachte der Hofhund, dem Kinderhirten und Schäfer hatten entsprechende Hirten- und Schäferhunde und wehrten auch dem Wolf, dem Jäger half der Säweinhund auf der Saujagd und der Windhund, des Hais habhaft zu werden. Inbes der gewöhnliche Bauer war zu dieser Zeit in der Regel kein Jäger mehr — Seht man den durchschätzlichen Erklärer der Kuh als Einheit — so gilt das Pferd als 3-fache, ein ungezähmter Falke das Dreifache, ein gezähmter das Zweifache, ein Höriger das Sechsfache dieser Einheit. Schild und Lanze, die notwendige Ausrüstung, gelten das Zweifache der Kuh, ein Schwert allein das Dreifache, eine Brünne (Panzer) das Zweifache, ein Bergpanzer und Helm je das Sechsfache. Ein Messer einfacher Art heißt höher im Wert als die Kuh, so teuer ist das Eisen noch.

Bemüht sich der Bauer schon aus eigenem Interesse der Pflege des Gartenbaues um, so hatte auf den grundherrlichen Höfen und gar auf den Mutterwirtschaften Karls des Großen auch dies alles einen reicheren Zuschnitt. Auf letzteren gab es z. B. schon Enten, Hühner, Kalbchen, Tauben und Turteltauben. Auf großen Hofgütern schloß das Hofgut eine ganze Anzahl von Gebäuden ab, z. B. Hofe, wo die Kränen und Bräuhäuser, woben und sonst arbeiteten, dazu Badhaus, Brauhaus, Brunnenhaus, Pflanzhaus usw. Das Ganze ging über das Wesen und Aussehen eines modernen reichen Gutshofes hinaus da es mancherlei mit umschloß was letztem in die Städte verlegt worden ist. Dahin gehören eine Anzahl Werkstätten, wenn so verordnete Karl, jeder Amtmann sollte auf dem Hofgut einen Schmiede, Gold- und Silberschmiede, Schuster, Dreher, Zimmerleute, Krämer, Ziegelfreier, Gerber, Säulenmacher, Fäher, Bogelstauer, Koller, Seifenleier, Brauer, Bäcker, Seidreher, Knecht, Kohlenbrenner und andere Handwerker haben. An den landwirtschaftlichen Verhältnissen in Feld und Stall, ferner an Fäden und Kränen nahmen beide Geschlechter teil: Kühe, Milchwirtschaft, Kleidermacher in allen Stadien Rassen waren auch, oder weichen die Kränen vorwärts, ebenso die Kränenanläge. Das ganze Tageswerk sollte nach dem Willen des großen Systematikers und

Karls eigener Pünktlichkeitsgewohnung entsprechend aufs genaueste geregelt sein, man wird dadurch geradezu an einen modernen Industriebetrieb erinnert. Wenn endlich die Sonne zur Rüste gegangen war, so läutete ein Glöckchen auf dem Hauptgebäude, wo der villicus oder maior wohnte, oder ein Horn ward geblasen, und nunmehr kam alles zur Abendmahizeit und frohen Raft aus den Werkstätten, Ställen und Schuppen zum Vorschein.

Den Handel darf man sich nicht zu lümmelich vorstellen. Seiner wiederbeginnenden Bedeutung kam die allgemeine Fürsorge Karls des Großen für Sicherheit, Ordnung, Wohlstand, sowie seine vorbildlichen Maßregeln für die Produktion der Grundherrschaften zuatten. Es gab Wochen- und Jahrmärkte, erstere mehr für die alltäglichen Bedürfnisse, letztere zum Teil mit der Bedeutung der großen neueren Messer.

Dem deutschen Binnenlande fehlten, abgesehen von den „Speerbreiten“ Saumpfadern, die Straßen nur alzhier; nur in weiträumigen und ländlichen Gegenden waren die alten Römerstraßen, die oft mit geheimnisvollen Vorstellungen umgebenen „Heerstraßen“ oder „Hochstraßen“ noch vorhanden. — Sehr rührige Geschäftsleute waren die Friesen. Bei ihnen blühte die Schafzucht, und sie verstanden sich seit alters auf das Weben. Scheren und Färben bester Tuche. Um ihm den Gewerbestoff seines Reiches vorzuführen, sandte Karl der Große an den Harun al Raschid friesische Tuche in weißer, roter, grauer und bläulicher Farbe. Die Friesen waren die einzigen rechten Schiffer, die Deutschland damals noch hatte, übrigens so, daß auch sie an der Nordsee ihren Weg gewohnheitsmäßig durch die vielen Binnengewässer der Rüste nahmen. Ihre Hauptverkehrswege und Hof bei Durrkede und Utrecht und Köln (Friesenwall, Friesenstraße). Die fuhren den Rhein auch aufwärts bis nach Basel und brachten dortige Produkte, u. a. einfließendes Wein, als Rückfracht heim; aber auch an der Seine und überall waren sie die wohlbetannten Kaufleute auf den Märkten. Kleidungssachen aller Art waren damals noch durchs Mittelalter hindurch keineswegs billig, und dies erklärt den Wert, den sie auch im getragenen Zustand als Geschenk, Beute oder Erbschaft hatten. Ferner kamen lübeuranische Händler mit allerhand Bedarfs- und Luxuswaren nach Gallien und Deutschland. Die Perle der Welt von Italien nach Gallien waren der Mont Cenis. Ferner der Perg des Jupiter Peninus (wo der Arabidikon Bernhard aus Afrika um 962 das Hospital errichtete nach welchem der Perg in den Großen St Bernhard umbenannt worden ist), nach Deutschland der Sephtimer und Brenner.